

Der Oberbürgermeister
Plauen, 06.03.2026

Niederschrift über die 10. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses

Sitzung am: Donnerstag, den 30.10.2025
Sitzungsort: Sitzungszimmer 345,

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:06 Uhr

Anwesenheit:

Name

Bemerkung

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram
Frau Belinda Eißmann
Frau Cornelia Erhardt
Frau Diana Simon

Beratendes Mitglied

Herr Sebastian Loik
Frau Christa Süß

Stellvertretendes Mitglied

Herr Sven Gerbeth
Frau Claudia Hänsel
Herr Tim Schuster

Vertretung für Frau Yvonne Gruber
Vertretung für Frau Steffi Liedtke
Vertretung für Herrn Frank Erhardt

Abwesenheit:

Name

Bemerkung

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Frank Erhardt
Frau Yvonne Gruber
Herr Sebastian Heydel
Frau Steffi Liedtke
Herr Michael Petzold

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee
Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel
Frau Claudia Weise

fehlt unentschuldigt
fehlt unentschuldigt
fehlt unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport
Frank Zabel, Koordinator Kommunaler Präventionsrat

weitere Sitzungsteilnehmer:

Bernd Jubelt, Freie Presse (öffentlicher Teil)

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 21.08.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Informationen des Bürgermeisters
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Information zu Schließtagen in den kommunalen Horteinrichtungen nach Anfragen der SPD-Init.-Fraktion vom 26.09.2025 und 06.10.2025
- TOP 4 Vorstellung des Suchtpräventionskonzeptes
Berichterstattung: Frank M. Zabel, Koordinator Kommunaler Präventionsrat der Stadt Plauen
- TOP 5 Vorberatung
- TOP 5.1 Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit)
BSV-209/2025
- TOP 6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die 10. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet. Bürgermeister Kämpf begrüßt zunächst die Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung und das Pressemitglied.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Bürgermeister Kämpf darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Frau Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Plauen, und Frau Stadträtin Belinda Eißmann, Fraktion BSW, bestellt.

Bürgermeister Kämpf heißt Frau Eißmann im Bildungs- und Sozialausschuss herzlich willkommen.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest.
Es sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

1.2 Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 21.08.2025

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 21.08.2025 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5 Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, informiert zum Thema Schulsozialarbeit mit Migranten. Über ein separates Programm des Landes Sachsen wurde die Schulsozialarbeit für Migranten an Grundschulen, welche durch Migranten stark belastet sind, gefördert. Jetzt kam vom Landratsamt Vogtlandkreis der Hinweis, dass aufgrund der Haushaltslage des Landes Sachsen die Förderung nach einem halben Jahr wieder eingestellt wird. Auf Nachfrage teilte das Land Sachsen der Stadtverwaltung mit, dass das Projekt nicht weiter finanziert werden kann.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, ergänzt, die Verwaltung hat sich zweimal schriftlich an die Sächsische Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Frau Petra Köpping, gewandt, mit dem Hinweis, dass die Schulsozialarbeit für Migranten unbedingt fortgesetzt werden muss. Die Mittel wurden daraufhin zugesagt.

Dann kam der Hinweis vom Landratsamt Vogtlandkreis, man müsse das Programm Schulsozialarbeit für Migranten zu den Winterferien beenden, da die Mittel, die zur Verfügung stehen, nicht auskömmlich sind. Die im Doppelhaus eingestellten Mittel in Höhe von insgesamt 217.000 Euro wären zu wenig, um dies auskömmlich zu finanzieren.

Mit diesen Sorgen hat sich die Stadtverwaltung mit einem neuen Schreiben am 01.10.2025 an die Staatsministerin, Frau Petra Köpping, gewandt und die Situation geschildert.

In der Antwort vom Sächsischen Staatsministerium (SMS) wurde darauf verwiesen, dass die eingestellten Mittel im Haushalt, entsprechend den gängigen Standards verteilt werden. Das Landratsamt Vogtlandkreis hat dafür ca. 900.000 Euro, als Mittel bekommen, dies wäre aus Sicht des SMS auskömmlich für die kommunale Integrationsarbeit. Wie diese Mittel verteilt und priorisiert werden, das stünde im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung dem Landratsamt Vogtlandkreis frei.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ist wichtig, das weiter zu adressieren und diese Punkte schriftlich an das Land zurückzuspielen. Man muss konkret die Dinge dort platzieren, in der Hoffnung, dass sich im Hinblick auf die Förderpolitik perspektivisch etwas ändert.

2 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

3 Information zu Schließtagen in den kommunalen Horteinrichtungen nach Anfragen der SPD-Init.-Fraktion vom 26.09.2025 und 06.10.2025

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ging davon aus, dass es zu der Anfrage der Fraktion nach der Handhabung der Schließtage in den Horteinrichtungen Diskussionsbedarf gibt und hat sich entschieden, das als Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, die Anfrage der Fraktion war zum Thema Schließtage an den Horteinrichtungen, wie viele Schließtage pro Jahr haben die Horteinrichtungen und wie viele sind davon Bildungstage. Dies sollte die Stadtverwaltung pro Einrichtung aufschlüsseln.

Die Verwaltung hat dies entsprechend beantwortet und zusätzliche Hinweise gegeben.

Da von der Fraktion weitere Rückfragen kamen, nahm man dies zur Diskussion mit in den Ausschuss.

Herr Hoffmann führt weiter aus, es gab die Nachfrage, warum die Schließtage an einzelnen Grundschulen, wie die Grundschule Kuntzehöhe, Erich-Ohser-Grundschule Plauen und Grundschule Oberlosa, höher als bei den anderen genannten sind?

Wieso ist die Spanne zwischen den Einrichtungen so hoch und warum sind die Bildungstage an einzelnen Horteinrichtungen, namentlich Erich-Ohser, Karl-Marx und Wartberg, höher als bei den anderen genannten?

Er gibt zur Antwort, dass gerade in den größeren Einrichtungen, wo die Teams größer sind, zusammenhängende Schließzeiten in den Sommerferien sinnvoll sind. Es ermöglicht dort, einen Großteil des Urlaubes abzubauen.

Weiter führt er aus, die Schließzeiten werden regelmäßig vor dem Schuljahr mit den Elternvertretern kommuniziert. So können sich die Familien rechtzeitig darauf einstellen. Sollte während dieser Schließzeit eine Betreuung notwendig sein, wird eine Notbetreuung angeboten, welche in letzter Zeit selten genutzt wird.

Die Verwaltung legt großen Wert auf regelmäßige Fortbildungen, welche nach dem Kindertagesbetreuungsgesetz (6KiTaG) auch Pflicht sind. Zwei Bildungstage pro Einrichtungen, so auch in den Horten, im Jahr werden empfohlen. Dazu kommen noch Pflichtschulungen, wie die Arbeitsschutzbelehrung oder alle zwei Jahre der „Erste Hilfe Kurs“. Meist schließen sich hier die Einrichtungen aus Effizienzgründen zusammen.

Frau Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Plauen, fragt, ob eine Notbetreuung über die Weihnachtszeit angeboten wird, da hier alle Horte geschlossen sind.

Herr Hoffmann, sagt nein, über die Weihnachtszeit sind alle Einrichtungen geschlossen. Da es hier keinen Bedarf gibt, wird keine Notbetreuung angeboten. Der Bedarf besteht in den Sommerferien. Durch eine frühzeitige Kommunikation können sich die Familien gut darauf einstellen.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, Notbetreuung bedeutet auch immer, dass die Kinder in einer für sie fremden Einrichtung durch fremde Erzieher betreut werden. Die Eltern werden meist versuchen, dies durch Eigenurlaub oder die Großeltern abzudecken.

Stadträtin Bertram fragt, ob die Horte angehalten sind, ihre Bildungstage in den Ferien zu nehmen? Oder können die sich das im Jahresverlauf selbst aussuchen?

Herr Hoffman sagt, es sollte möglichst elternfreundlich ausgestaltet werden. Problem bei den gelegten Terminen der Bildungstagen ist, dass die eingeladenen Dozenten nach ihrem Terminkalender gehen müssen. Es ist nicht immer realisierbar die Bildungstage in eine ruhige günstige Zeit zu legen.

Stadträtin Bertram führt aus, im schulischen Bereich müssen die beiden pädagogischen Tage in den Ferien genommen werden. Sie fragt, ob die Horte dazu angehalten sind, die Schließtage in den Ferien zu nehmen.

Bürgermeister Kämpf sagt, dies in die nächste Dienstberatung mitzunehmen. Man sollte verstärkt darum bitten, die Ferienzeiten für die Bildungstage zu nutzen. Aber es gibt natürlich auch Angebote, die terminlich nicht anders gelegt werden können.

4 Vorstellung des Suchtpräventionskonzeptes

Berichterstattung: Frank M. Zabel, Koordinator Kommunaler Präventionsrat der Stadt Plauen

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, führt aus, dass das Thema, Suchtprävention mit einem Suchtpräventionskonzept zu untersetzen, wichtig ist. Es ist ein großes Handlungsfeld, mit dem in den Kindergärten und Schulen schon viel erreicht werden konnte. Das Geld, welches jetzt in die Suchtprävention investiert wird, ist das, was man um ein Vielfaches später sparen kann, wenn es darum geht, dass Menschen in Krisensituationen nicht zu Suchtmitteln greifen oder darüber hinaus in die Suchterkrankungen abrutschen.

Er denkt, auch wenn das am Ende ein Marathon ist und man vielleicht kurzfristig noch nicht sofort die Effekte sieht, dass dies ein Thema mit großer Relevanz ist, welches man langfristig fokussieren sollte. Er ist dem Koordinator des Kommunalen Präventionsrates, Herrn Frank Zabel, sehr dankbar, dass er hier, auch mit Unterstützung vieler Akteure, die im Bereich Suchtprävention schon aktiv sind, dieses Suchtpräventionskonzept erstellt hat und den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses in Auszügen, mit dem Ziel zur Diskussion, vorstellt.

Die heutige Vorstellung soll als erste Lesung verstanden werden, um dann im nächsten Jahr gemeinsam final auch ein Suchtpräventionskonzept zu beschließen.

Koordinator des Kommunalen Präventionsrates, Herr Frank Zabel, teilt zu Beginn der Sitzung jeder Fraktion ein Handout seiner Präsentation aus. Diese wird im Nachgang der Sitzung den Ausschussmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Herr Zabel sagt, als er vor 5 Jahren die Tätigkeit als Koordinator des Kommunalen Präventionsrates angetreten ist, startete er eine Umfrage bei allen Schulleitungen. Seine Fragen waren: Wo liegen die Themen? Was kann man tun? Wo braucht man Unterstützung?

Die Antworten waren, man wäre überall gut aufgestellt, man bräuchte nur Geld und dann wird das schon irgendwie. Er fand dies nicht befriedigend und ist tiefer in die Materie eingestiegen. Wo gibt es Angebote? Wo funktioniert schon etwas gut? Er stellte fest, für die Suchtprävention hat die Stadt durchaus auch Akteure der Prävention. Er suchte weitere Fälle bzw. Themen, wo die Stadt noch keine Lösungen oder nur wenig Akteure hatte und hat sich darauf konzentriert.

Herr Zabel stellt seine Präsentation vor.

Ergänzend führt er aus, da er selbst weder die Zeit noch die Kompetenz hatte, ein Suchtpräventionskonzept so umfassend zu erstellen, beantragte er 2023 die Mittel für die Erstellung eines Konzeptes. 2024 wurden die Mittel zugesagt, es folgte eine Ausschreibung, die Vergabe und im Herbst 2024 eine Nachvergabe.

2025 wurde die Firma Wilde-Kommunikation mit der Ausarbeitung der Konzeption beauftragt.

Das Konzept wurde überarbeitet und konkretisiert, ist aber noch nicht perfekt.

Daher heute die ersten Informationen für die Fraktionen.

Ziel ist es, die Überarbeitung abzuschließen bzw. zu ergänzen und für das nächste Jahr eine Informationsvorlage für den Stadtrat vorzulegen.

Frau Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, möchte wissen, wie die Umsetzung geplant ist.

Bürgermeister Kämpf sagt, das Konzept setzt zeitlich so früh an, wo noch keine Suchterkrankungen erkennbar sind beziehungsweise man noch frühzeitig entgegenwirken kann.

Vor gut drei Jahren lag die Abdeckung an Suchtpräventionsprogrammen in den Schulen bei ungefähr 30 %, heute sind es bereits 70 %. Das heißt, man hat in den letzten Jahren große Fortschritte erzielen können. Ziel ist es, jede Klasse mit einem Suchtpräventionsprogramm zu versorgen.

Dafür sind diese konkreten Angebote und Maßnahmen aus diesem Suchtpräventionskonzept entscheidend. Diese sollen in eine Beschlussvorlage überführt werden, um sich verbindlich danach zu

richten. Er bittet die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses das Suchtpräventionskonzept noch einmal kritisch zu hinterfragen, um gemeinsam eine finale Entscheidung zu treffen.

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, fragt, wie es finanziell im Haushalt eingestellt ist, wie ist die Perspektive? Könnte man 2026 damit schon anfangen? Ist das eingestellte Budget im Doppelhaushalt ausreichend oder muss man nachjustieren bzw. welche Fördertöpfe gibt es?

Bürgermeister Kämpf sagt, es gibt externe Fördermittel. In der Vergangenheit wurden vom Kommunalen Präventionsrat Sachsen auch die Personalkosten gefördert. Das ist leider nicht mehr so. Es war eine Anschubförderung, die vom Land gestartet wurde und jetzt die Verwaltung dauerhaft die Finanzierung trägt. Was noch gefördert wird, sind die Sachkosten und ein weiteres Budget, welches in Abstimmung eingesetzt werden kann. Im eigenen Haushalt gäbe es auch eine Möglichkeit, zumindest an den Schulen ein Präventionsprogramm zu starten, wo Bedarf ist. Teilweise gibt es auch Sponsoren, die für eine Schule die Schirmherrschaft für ein solches Projekt übernehmen.

Herr Zabel ergänzt, mit dem neuen Haushalt wurden pauschal die Hälfte aller Präventionsmittel gestrichen. Dies hat Folgen in der Suchtberatung. Es gibt Bundesmittel, die teilweise etwas komplex/kompliziert beantragt werden müssen, die aber in den Bereich der Lebenskompetenzen einzahlen. Da könnte man immer noch Mittel finden. Die Stadt wird aber nicht vermeiden können auch für den Sektor Schule Haushaltsmittel einzustellen. Das Kultusministerium hat dem Innenministerium, wo der Landespräventionsrat angesiedelt ist, gesagt, dass die Schulen mit ausreichend Mitteln für Prävention ausgestattet sind. Von den Schulleitungen hat man aber erfahren, dass es tatsächlich nicht so ist. Im vorigen Jahr gab es für die Schulen ein Budget von 70 Mio. Euro, dieses Jahr sind es nur noch 35 Mio. Euro. Herr Zabel spricht dem Stadtrat seinen Dank aus, dass sie die Möglichkeiten im Haushalt geben, die Schulen in diesem Bereich der Prävention (Klasse2000) zu unterstützen, da man auf Landesebene jegliche Förderung untersagt.

Frau Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, möchte wissen, ob die Eltern in diese Maßnahme eingebunden werden.

Herr Zabel antwortet ja, das ist das Allerwichtigste. Man kann als Kommunalen Präventionsrat nur Maßnahmen fördern, zum Beispiel im Bereich Mediensucht, Gewaltprävention oder Ähnliches, wenn es sich um ein Mehrstufenmodell handelt. Kinder, Eltern, Lehrer und Erzieher sollen an diesem Workshop und an diesem Thema beteiligt werden. Es gibt spezielle Veranstaltungen für Kinder, Elternabende und Bildungsveranstaltungen für Lehrer und Erzieher.

Frau Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, fragt, wie erreicht man, dass alle Eltern an den Veranstaltungen teilnehmen?

Herr Zabel antwortet, das ist ein sehr schweres Thema. Man könnte die Eltern nur unter einem Vorwand zu einer anderen Veranstaltung einladen und diese dann mit einer solchen Veranstaltung kombinieren.

Am leichtesten erreichen wir die Schüler. Da kann man es meistens festlegen. Bei den Lehrern ist oft das Thema Freiwilligkeit gegeben, dass man Interesse an der Weiterbildung hat. Bei den Eltern ist die Teilnahme am schwierigsten.

Frau Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Plauen, ergänzt, dass sie das Programm Klasse2000 sehr gut findet. Das Programm beinhaltet so viele Punkte, die es früher nur einzeln gab. Das Paket ist gut geschnürt für die Klassenstufe 1 bis 4, die Eltern werden mitgenommen, wenn auch nicht alle.

5 Vorberatung

5.1 Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit)

Vorlage: BSV-209/2025

BSV-209/2025

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, stellt die Beschlussvorlage **BSV-209/2025** vor.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ergänzt, wenn zukünftig ein höheres Finanzbudget zur Verfügung steht, würde er sich dafür einsetzen, dass man dieses Budget großzügiger ausstattet. Er schätzt die Arbeit der Vereine und möchte die geleistete Arbeit weiter unterstützen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Neufassung der Förderrichtlinie zur pauschalen Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen (FRL Jugendverbandsarbeit) gemäß der beigefügten Anlage mit Wirkung zum 01.01.2026.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 0 Stimmenthaltung 0 Befangen 0

6 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Claudia Hänsel, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt an, wie die Aufnahmekapazitäten an der Käthe-Kollwitz-Schule Plauen sind.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, dass die Kapazitäten an der Käthe-Kollwitz-Schule Plauen weiterhin extrem angespannt sind. Der Bedarf gerade für diese entsprechende Förderung ist weiterhin hoch. Die Verwaltung hat mehrfach beim Vogtlandkreis deutlich gemacht, dass ein Anbau beziehungsweise eine entsprechende Sanierung notwendig ist. Die Stadt bleibt weiter in Verantwortung, auch wenn der Vogtlandkreis die Trägerschaft hat. Man ist bemüht, Schüler in andere Förderschulen umzulenken. 20 % der Schüler kommen nicht aus Plauen, sondern aus den restlichen Gebieten des Vogtlandes. Die Verwaltung will gegenüber dem Land eine Förderung für eine mögliche Sanierung beantragen unter der Bedingung, dass der Vogtlandkreis die Koförderung übernimmt oder dass die Stadt sich mit beteiligt bzw. der Vogtlandkreis mit in die Verantwortung kommt.

Die Fördermittel für den Schulausbau wurden massiv reduziert. Bürgermeister Kämpf ist aber guter Hoffnung, dass die Sanierungsmaßnahme ausgeführt werden kann, wenn wieder Gelder vom Bund oder vom Land bereitgestellt werden.

Frau Claudia Hänsel, Fraktion Die Linke/Grüne, fragt weiter.

Die Elternschaft und die Leitung der Kindertagesstätte Kosmonaut haben sich an die Fraktion gewandt. Sie bemängeln die mechanische Schließanlage.

Es gibt keine Klingel und auch keine elektronische Schließanlage. Die Leitung befürchtet, dass wenn die Tür aufbleibt, Kinder einfach die Anlage verlassen bzw. über den Zaun, Höhe 1,90 Meter, klettern.

Von der Stadt erhielt sie die Aussage, dass eine Klingel erst 2026 und eine elektronische Schließanlage 2026/2027 geplant ist. Dies findet Frau Hänsel zu spät und fragt die Verwaltung, ob dies nicht eher geht.

Die Leitung und auch die Eltern haben sich Gedanken gemacht und Kostenvoranschläge in Höhe von 800,00 bis 2.000,00 EURO für eine Schließanlage vorgelegt.

Frau Hänsel fragt, ob diese Summe innerhalb der Stadt im Haushalt zur Verfügung steht, um bis Ende des Jahres eine Klingelanlage und eine elektrische Schließanlage zu installieren.

Herr Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, führt aus, dass es eine ganzheitliche Lösung geben soll und die technischen Voraussetzungen laut dem Fachgebiet Informationstechnik aktuell für eine schnelle Lösung nicht gegeben sind.

Frau Hänsel bittet um eine schnelle Umsetzung.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, nimmt das Anliegen mit. Er hofft mittelfristig eine bessere Lösung zu finden.

Plauen, den

Plauen, den

Herr Tobias Kämpf
Bürgermeister

Frau Belinda Eißmann
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Annett Herrmann
Schriftführer

Frau Heike Bertram
Stadträtin